

selben Tunes-Plan, das Sanierungsprogramm des Völkervertrages, durchzuführen verliert und eine sogenannte „austriane Atmosphäre des Vertrauens“ um sich zu entwickeln. Es hat mit seinen einflussreichen erbitterten Gegnern in Prag und Rom weitreichende Wirtschaftsverträge abgeschlossen und äußerlich sind alle Vorbereitungen getroffen, daß die junge Republik allmählich den Vertrauenszustand erlangen werde. Und doch ist dieses Land an einer unheilbaren Wunde, die auch die Wiener Pfänder der Völkervertragsanleihe nicht verheilen können: Es besitzt keine Wirtschaft, die sich selbst ernährt. Die Bedürfnisse der Bevölkerung können nur vorwiegend landwirtschaftliches Hinterland mit seiner Ackerkrume ebensowenig befriedigen, wie die Luxusbedürfnisse der Hauptstadt und die Industrieprodukte des Steiermärker Bezirks im eigenen verarmten Lande verkauft werden können. Die alten Abhängigkeiten neuentstehenden Staaten an, die sich durch Zollbarrieren abschließen und Österreich nicht mehr konkurrenzfähig sein lassen; um neue Gebiete für den Rohstoffexport zu erschließen und die doch immerhin noch sehr beschriebene Industrie auszubauen, fehlt es an Kapital und an Kredit. So ist dieses geprüfte Land nach 5½ Jahren wieder an seinen Ausgangspunkt gelangt. Die Sanierung von außen her ist zeitweilig gelungen, aber nur unter einer Ausdehnung aller Kräfte, die auf die Dauer unmöglich ist. Das Land ist auch im Ausland nicht kreditfähig geworden, und von den Nachbarstaaten, die die Anschlusspolitik auf leidenschaftliche Befürwortung, hat keiner der Balkenstaaten eine leuchtendste Bekämpfung, hat keiner der Balkenstaaten eine leuchtendste Bekämpfung, hat keiner der Balkenstaaten eine leuchtendste Bekämpfung.

dem ausfallenden Einverständnis des Völkervertrages, dessen Reichheit nun auch an Ende gelangen ist. Wenn die Mission dieser beiden Abgesandten Erfolge hat — und auch für Deutschland liegen diese Dinge so, daß es an diesem Erfolge lebhaft interessiert ist — so wird damit ein geschichtliches Traditionsunternehmen die sich in Deutschland als überaus zielführend erwiesen haben. Die Völkervertragsanleihe waren es ja, durch die die Vorkriegs- und Nachkriegs-Verhältnisse im europäischen Wirtschaftsleben in den vergangenen Jahrzehnten sich so verhalten haben, daß die wirtschaftliche Lage der Völker sich nicht nur in den vergangenen Jahrzehnten, sondern auch in den nächsten Jahrzehnten sich so verhalten haben, daß die wirtschaftliche Lage der Völker sich nicht nur in den vergangenen Jahrzehnten, sondern auch in den nächsten Jahrzehnten sich so verhalten haben.

im Reich und 20 Millionen außerhalb unserer Grenzen. 1924 dauern auf engem Raum zusammengepackt 20 Millionen im Reich und 20 Millionen außerhalb — wie soll es 1924 ausfallen? Noch wissen wir nicht, wie weit sich die ungeheure Belastung im Inland auswirken werden, sondern wir es erleben, daß mehr Deutsche unter fremder Souveränität leben als unter dem Joch Österreichs, der Stammmutter aller Nationen deutscher Sprache? Wenn Österreich morgen mit Deutschland ein Bündnis schließen würde, so käme ein großer Teil der Bevölkerung auf einen Standpunkt, der sogar vor dem Krieg keine Vorgänge hatte. Die 20 Millionen, die wir dann hätten, wären eine einheitliche Masse nach Art und Abstammung ohne fremde Interessen; das heißt nach der Art, das Österreich nach dem Krieg endgültig zugeordnet wurde, könnte dann ein großer Teil der Bevölkerung wieder aufgebracht werden und Räume in Erfahrung geben lassen, die die meisten kleinsten Gebiete haben. Noch viel wichtiger wäre aber die Tatsache, daß Deutschland mit Österreich vereinigt viel wirksamer als allein zu sein in der Lage wäre, das Problem auszulösen sollte, das war die natürliche Folge der Teile vom Selbstbestimmungsrecht der Völker wäre: das Problem Gese in Deutschland, das nicht nur die Republik Österreich, sondern Subventionen, die die Mitglieder in Ungarn, Polen und wo sonst nicht angeschlossen und anschließungsbereit sind der Zukunft im Mitteleuropa liegen, umfaßt.

# Die schwierigen Mehrheitsverhältnisse in Preußen

## Deutschnationale Fühlungnahme mit dem Zentrum.

Ergebnisse unter Berliner Schriftleitung. Berlin, 26. Januar. Wie wir erfahren, sind Vertreter der deutschnationalen Landtagsfraktion in Preußen in eine intensive Fühlungnahme mit der Fraktion des Zentrums getreten. Die Verhandlungen galt es, ob das Zentrum gewillt ist, sich der Rechte anzuschließen oder seine blühende Politik fortzusetzen. Es zeigt sich, daß das Zentrum den Rechtsparteien an, so werden diese gegenstandslos damit einverstanden sein, daß das Zentrum den Ministerpräsidenten stellt. In diesem Zusammenhang wurde auch der Name des Vorliegenden der preussischen Landtagsfraktion, des Geheimrats Borck, genannt. Es handelte sich bei den Verhandlungen aber lediglich um ganz unverbindliche Fühlungen.

**Die wichtige Rolle der Wirtschaftspartei.** (Ergebnisse unter Berliner Schriftleitung). Berlin, 26. Januar. Verhandlungen über die Verlegung der Regierungssitze in Preußen haben heute nicht stattgefunden. Die Entscheidung liegt vorläufig bei der Zentrumspartei des preussischen Landtags, die erst am Donnerstag zusammenzutreten wird. Der größere Teil der preussischen Zentrumspartei wird sicher die Wiederherstellung der bisherigen Koalition mit Demokraten und Sozialdemokraten fordern. An sich würde in der öffentlichen Landtagsdebatte ein Ministerpräsident dieser Koalition die Mehrheit erhalten können, da die Kommunisten wohl auf einem eigenen Kandidaten bestehen werden und infolgedessen die Rechte gegenüber den Parteien der Weimarer Koalition in der Minderheit bleiben würde. Ein Ministerpräsident dieser Weimarer Koalition würde aber kaum wieder für sich, noch für seine Kollegen im Ministerium die Mehrheit für ein Vertrauensvotum erhalten können, das nach der preussischen Verfassung notwendig ist. Eine derartige Mehrheit für ein Vertrauensvotum könnte nur mit Unterstützung der Wirtschaftspartei gewonnen werden und auch dann nur, falls die Kommunisten sich in diesem Falle der Stimme enthalten. Das Zentrum wird also die Wiederherstellung der alten Koalition, vielleicht unter Führung eines Ministerpräsidenten aus dem Zentrum, nur dann betreiben können, wenn die außerordentlichen Schwierigkeiten, die in den Stimmverhältnissen liegen, überwunden werden.

Man vermutet daher auf der rechten Seite, daß das Zentrum, trotzdem seine Presse jetzt solche Gedanken zurückweist, noch Verhandlungen nach rechts hin einleiten wird. Es ist auch sehr zweifelhaft, ob bereits, wie vorgelassen, die Wahl des neuen Ministerpräsidenten am kommenden Freitag stattfinden wird, da die interfraktionellen Verhandlungen höchstwahrscheinlich längere Zeit in Anspruch nehmen werden. Außerdem muß auch nach der preussischen Verfassung der Landtagspräsident neu gewählt werden. Bezüglich des ist, daß auch beim Zentrum der augenblickliche sozialistische Landtagspräsident Barteld preisgegeben wird, da man seinen Mann als Präsidenten mehr dulden will, der nicht imstande ist, sich den Kommunisten gegenüber durchzusetzen. Von Seiten der Wirtschaftspartei läßt man

vermuten, daß diese nicht daran denkt, sich für eine Einfraktion gewinnen zu lassen, auch wenn der Partei ein Ministerpräsident angeboten würde.

## Süßes Bäckereiwirtschaft.

Berlin, 26. Jan. Der „Tag“ behauptet, daß von den 2 Millionen Kredit Süßes für die Pflanz eine durch große Pflanzung während der Zeit des passiven Widerstandes bekannt gewordenen Firma Buehert & Garbenburg ein Betrag erhalten hat. Weitere Details wollen von einer Unterhändler der Firma Viel in Braunschweig wissen, und es wird behauptet, daß diese beiden Pflanzfirmen mit der bekannten Pflanzhandlung Dimmel & Bach in Verbindung stehen. Durch die Ermittlungen der Oberprokuratordirektion Speyer sei im übrigen schon festgestellt, daß die in Pflanzfabrik bekannte Firma Wagner durch die Pflanzhandlung sehr begünstigt wurde, indem man ihr einen Kredit von 200.000 Mk. gewährt und gleichzeitig von dieser Firma gebante Grundstücke für Pflanzung zu unglaublich hohen Preisen kaufte. Außerdem sei die Firma Wagner bei Vererbung eines Posthauses ungewöhnlich bevorzugt worden. Bei all diesen Firmen handle es sich um solche, die dem Zentrum naheheuen.

## Der zweimillionen-Kredit im bayerischen Landtag.

München, 26. Jan. Im Hauptausschuß des bayerischen Landtags gab der Handelsminister Weinert eine Erklärung über die Kreditlinie für die bayerischen Gebiete ab, wobei er u. a. darauf hinwies, daß die bayerische Regierung sich in Berlin lebhaft nach dem Stand der Angelegenheiten erkundigt habe. Nachdem Zweifel über die Verwendung der Kredite von 2 Millionen aufgetaucht seien, seien sofort 2 Millionen Mark an die Gruppe Bayern zurückgegeben worden, so daß eine Schädigung der bayerischen Wirtschaft nicht eingetreten sei. Es müsse ausdrücklich festgestellt werden, daß während diesen Krediten von 2 Millionen Mark und den Grundbesitzkäufen der Post in Ludwigsbach keine Zusammenhänge bestanden. Die Firma Wagner in Ludwigsbach habe sich durch die Kauf eines Grundstückes von 200.000 Mk. erhalten, und zwar aus Mitteln, die dieser Bank vom Reichspostministerium in Berlin als Postwechselgeldern überlassen worden seien. Die bayerische Post sei bei diesen Krediten nicht beteiligt gewesen. Im übrigen betonte der Minister, daß die Einführung der Verträge zu übertragen sei. Dabei werde auch zur Sprache kommen, wobei das Geld aus München gestossen sei. Weiter teilte Handelsminister Dr. v. Weinert mit, daß die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Ländern über die Aufstellung von Richtlinien für die Aufnahmeverträge durch die Länder

## Auslandskredit durch die Länder

zu einer Einigung geführt hätten. Es sei damit zu rechnen, daß die jetzige Anordnung, die am 31. Januar abläufe, nicht mehr erneuert werde. Im übrigen teilte der Minister noch mit, daß zurück mit Berlin darüber verhandelt werde, die Deutschen Werte in Amerika, Argentinien und anderen Ländern auf andere Grundlage zu stellen. In der Reichsfrage soll beim Reich eine Veränderung der Bestimmungen beantragt werden. Von deutschnationaler Seite wurde in der Anrede rechtliche Aufklärung über die Verteilung öffentlicher Gelder gefordert. (W. T. B.)

## Die angeblichen englischen Sondierungen.

Berlin, 26. Januar. Das „B. Z.“ veröffentlicht eine Nachricht aus Washington, in der unter Bezugnahme auf den Berliner Bericht einer amerikanischen Zeitung behauptet wird, daß eine private Sondierung der englischen Regierung wegen gleichzeitiger Klärung der Berliner Zone und des Ruhrgebietes am 10. Januar des Jahres von dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann abgelehnt worden sei. Diese Behauptung ist vollkommen unzutreffend. Eine private Sondierung der englischen Regierung ist nicht erfolgt. Soweit die Frage des Kompromisses der gleichzeitigen Klärung beider Gebiete in privaten Unterredungen erörtert worden ist, hat der Außenminister vielmehr gegenüber einer derartigen Anregung sich in demselben politischen Sinne geäußert, den der Reichskanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg in seiner Reichstagsrede vom 21. Januar gegenüber dieser Frage zum Ausdruck gebracht hat. (W. T. B.)

## Oberschlesischer Protest gegen den Rückerbruch.

Wiesbaden, 26. Jan. Der obereschlesische Provinziallandtag ist heute erstmals zu einer öffentlichen Sitzung zusammengetreten. Diese erste Sitzung schloß sich an einer bemerkenswerten Kundgebung an, die sich auf die Forderung der Rückerkehr bezog. Es wurde eine Resolution angenommen, die den Wählern und Wählerinnen am Rhein die Empfindung der obereschlesischen Bevölkerung ausdrückt. (W. T. B.)

## Anhebung der Sanctionen gegen Münchweiler.

Speyer, 26. Jan. Die von der Besatzungsbehörde nach Münchweiler im Bezirksamt Birmensfeld abgeordnete Truppenabteilung wurde heute zurückgezogen. Deswegen wurden alle Abfragen zum Anlaß des inoffiziellen Besatzungsfall über den Ort verhängten Maßnahmen wieder aufgehoben. (W. T. B.)

## Das selbstverständliche polnische Dementi.

Berlin, 26. Januar. Die hiesige polnische Gesandtschaft erklärt, daß die in den deutschen Blättern verbreiteten Gerüchte über eine angebliche Konzentration polnischer Truppen im Zusammenhang mit dem Danziger Zwischenfall jeglicher Grundlage entbehren. (W. T. B.)

## Bau einer polnischen Handelsflotte.

Warschau, 26. Jan. Die polnische Handelsflotte für Wirtschaft ist bekannt, daß von ihr alle erforderlichen Vorbereitungen zur Gründung einer Gesellschaft getroffen wurden, die den Bau einer polnischen Handelsflotte zum Ziele haben. Die Handelsflotte ist bereits im Vollstadium der Anbahnung. In denen der Bau einer größeren Anzahl von Handelsflotten unter Verwendung eines Kredits in Höhe von 40 Prozent des Wertes der Schiffe unter Verwendung des eigenen polnischen Warenmaterials erfolgt wird. Die an Polen gewährt amerikanischen Anleihe in Höhe von fünfzig Millionen Dollar soll für den Bau der polnischen Handelsflotte verwendet werden. Daraus ist selbstverständlich als polnisches Dementi bekannt. Im Hiesigen polnischen Protokoll wird die beschriebene Beschaffung durch Polen erst recht verurteilt.

Warschau, 26. Januar. Nach dem Verstoß hier an den Folgen einer Blinddarmerkrankung der Warschauer des polnischen Landtags Sejm und Sejmik. Der Verstoß war ein gefährlicher Vorfall und gehörte von 1908 bis 1918 dem preussischen Landtag an. (W. T. B.)

## Das „italienische“ Südtirol.

Rom, 26. Jan. Die „Tribuna“ meldet aus Bozen, daß die italienische Bevölkerung gegen die Vereinigung von Bozen und Ortles ausgesprochen hat, weil dann bei den Gemeindevahlen die 7000 Deutschen von Ortles die deutsche Minderheit derart verurteilt würden, daß es den Italienern unmöglich wäre, eine Minoritätsvertretung zu ernennen. Man glaube daher, daß die Regierung die Vereinigung verweigern werde. (W. T. B.)

## Die Münchner Sektion des Alpenvereins für Juden gesperrt.

München, 26. Jan. Die Sektion München des Deutschen Alpenvereins hat beschlossen, künftighin Juden als Mitglieder nicht mehr aufzunehmen. Aus diesem Grund haben nunmehr über 80 jüdische Mitglieder der Sektion München gemeinsam ihren Austritt aus derselben erklärt. (W. T. B.)

Wien, 26. Jan. Die durch die letzte Hauptversammlung des deutsch-österreichischen Alpenvereins ausgetragene Sektion „Donau-Land“ hat für Dienstagabend eine Hauptversammlung einberufen, außerdem Tagesordnung u. a. nach: Überleitung der Sektion zu einem selbständigen Verein unter dem Namen „Alpenverein Donauland“. (W. T. B.)

## Die Nationalmiliz Mussolinis.

Rom, 26. Jan. Nach einer Mitteilung der „Tribuna“ wurde die Nationalmiliz heute über 147.000 Bewaffnete oder Karabiner, 260 Maschinengewehre, 4 Hebräischgeschütze, 11 Panzerwagen verfügen. Bezüglich der Munition liegen zwar genaue Angaben nicht vor, doch ist man der Annahme, daß sie in genügender Menge zur Verfügung steht. (W. T. B.)

Rom, 26. Jan. Heute sind folgende Zeitungen in Rom nicht erschienen: „Voce Repubblicana“, „Popolo“ und „Popolo“. (W. T. B.)

# Die Ergänzung des Pariser Handelsvorschlags.

## Die Antwort der französischen Delegation.

Paris, 26. Jan. Die französische Delegation für die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen hat der deutschen Delegation heute abends um 7 Uhr ein umfangreiches Schriftstück überreicht, das die Antwort auf die Anfragen enthält, die die deutsche Delegation am 23. Januar zur Ergänzung der französischen Vorschläge vom 13. bis 17. Februar gestellt hatte. Die deutsche Delegation ist sofort zum Studium der französischen Antwort zusammengetreten. (W. T. B.)

## Die Pariser Querstreitereien.

Berlin, 26. Januar. Die sachlichen Berichte der deutschen Delegation in Paris, aus den Schwierigkeiten der letzten Zeit doch noch zu einem für beide Teile erträglichen Forum zu gelangen, stehen auf den heftigsten Widerstand eines Teiles der französischen Schwerindustrie. Bereits in seiner Sonntagsgesamtheit hatte der „Avenir“, das Blatt der Millerand-Plan, den Versuch gemacht, die Frage eines deutsch-französischen Arbeitssystems mit den Wirtschaftsverhandlungen zu verknüpfen. Die bereits mitgeteilte heutige Veröffentlichung des „Avenir“, der von einem Kampfabkommen der deutschen Schwerindustrie und der weiterverarbeitenden Industrie handelt, bedeutet eine Fortleitung der Verhimmlungsarbeit. Das Organ der nordlichen französischen Schwerindustrie hebt mit diesen Vereinbarungen Stimmung für den Abschluß der Wirtschaftsverhandlungen an machen sucht, entbehrt nicht eines gewissen Beliebigkeits, denn wenn sich der „Avenir“ zum Outen der Interessen der lothringischen Schwerindustrie aufwirft, so ist das kaum etwas anderes als der Versuch, durch Stimmungsmaßnahmen in den Verhandlungen abbruch den Kontrumenten in eigenen Hände, der jüdischen Gruppe der französischen Schwerindustrie um de Bundes, Schwerindustrie zu bereiten, die natürlich ein besonderes Interesse an der Eisenindustrie hat. Der Versuch, bei den deutschen Unterhändlern nach politischen Motiven für ihre

wirtschaftlichen Forderungen zu suchen, ist durchaus verfehlt. Die Frage ist auch heute noch so, daß in den Kreisen der deutschen Regierung alles getan wird, um ein lebensfähiges Handelsforum zustande zu bringen.

## Das Verlagsungsgerücht.

Paris, 26. Januar. „Temps“ berichtet das Gerücht, die französische Delegation hätte jüdisch der deutschen Delegation eine Unterbrechung der Handelsvertragsverhandlungen um zwei oder drei Monate vorgeschlagen, um dem französischen Parlament Gelegenheit zu geben, den Zusatz zu verabschieden. Das Blatt behauptet, diese Anrede sei zum ersten Male von deutscher Seite ausgegangen, obwohl es angegeben muß, daß die französischen Unterhändler sie nicht abgelehnt hätten.

Der Pariser Vertreter des B. Z. B. erzählt hierzu von autoritativer Seite, im letzten Verhandlungsdurchgang habe der französische Handelsminister Reynaldy als erster in der Sitzung vom 17. Januar die Gedanken einer Unterbrechung in die Debatte geworfen. Wichtig ist jedoch, daß der Gedanke, die Verhandlungen zu unterbrechen, falls eine Lösung nicht finden sollte, deutschseits bereits vorher erörtert worden ist, und zwar im Zusammenhang mit der beschriebenen Erhöhung der französischen Salltarifs. Man scheint in deutschen Kreisen dem Streit über die Priorität in dieser Frage keinerlei Wert beizulegen. (w. B.)

## Eindbruch bei der deutschen Handelsdelegation in Paris.

Paris, 26. Januar. Am Montag morgen in der deutschen Handelsdelegation ein Eindbruch verübt. Einem Legationsrat wurde die Brieftasche mit 500 Mark deutschem Geldes, eine Summe französischer Geldes und sehr viel abgehoben. Eine Geldtasche erwachte, als die beiden Tische in ihr Schlafarmen eingebracht waren. Der eine der beiden wurde durch Drohungen, sich ruhig zu verhalten, während der andere Schwadischen zusammenpackte.